

Antrag

**der Abgeordneten Dora Heyenn, Christiane Schneider, Norbert Hackbusch,
Kersten Artus, Elisabeth Baum, Dr. Joachim Bischoff, Wolfgang Joithe-von
Krosigk, Mehmet Yildiz (Fraktion DIE LINKE)**

**Haushaltsplan-Entwurf 2009/2010
Einzelplan 2**

Kapitel 2190

Titel Kontenrahmen für Dienstbezüge

**Betr.: Bestand unerledigter Hartz IV-Verfahren beim Landessozialgericht
zügig abbauen**

Zwischen der Einführung der Hartz IV-Gesetze 2005 und 2008 ist die Zahl der Klageeingänge bei den Sozialgerichten kräftig gestiegen. Im Bundesgebiet vermeldet das Bundessozialgericht fast 175.000 neue Klagen in erster Instanz. Auch in Hamburg ist sowohl die Zahl der erstinstanzlichen wie der zweitinstanzlichen Hartz IV-Verfahren stark gestiegen. Das Landessozialgericht verzeichnet in diesem Zeitraum zudem eine Zunahme der zeitnah zu erledigenden Eilverfahren von 2005 auf 2007 um 81 Prozent und einen Anstieg ihres Bestandes um 137 Prozent. Zwar ist 2008 erstmals ein Rückgang eingetreten. Inakzeptabel bleiben aber der wachsende Berg unerledigter Hartz IV-Berufungsverfahren und die immer noch zunehmende Verfahrensdauer. Die im Zuge der Wirtschaftskrise steigende Zahl an Erwerbslosen lässt eine nachhaltige Entspannung der Situation nicht erwarten.

Der Ausbau der Richterstellen beim Sozialgericht und insbesondere beim Landessozialgericht hat mit der Zunahme der Verfahren infolge der Hartz IV-Gesetze nicht Schritt gehalten.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

eine zusätzliche halbe Stelle Vorsitzender Richter beim Landessozialgericht einzurichten und die dazu notwendigen Mittel in Höhe von circa 50.000 Euro in den Kontenrahmen für Dienstbezüge im Kapitel 2190 einzustellen.

Die Deckung erfolgt durch die Maßnahmen zur Sanierung der öffentlichen Finanzen im „Strukturprogramm für Hamburg“, vorgelegt von der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft.